

Dubčeks „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ war konkret: Presse- und Reisefreiheit, Grenzöffnungen zu Österreich und zu Westdeutschland, Privatisierungen und neue Führer. Vereine wurden gegründet, die Grundfreiheiten gelebt. „Literární listy“, die Klubs „K-231“ und „KAN“ (Engagierte Parteiloze) wurden Sammelbecken zur (Wieder-)Gründung einer Sozialdemokratischen Partei, Regisseure wie Miloš Forman, Wissenschaftler und Schriftsteller erlangten Kultstatus. Die katholische Kirche blühte auf, die Slowaken hatten Hoffnung auf Selbstständigkeit in einer neuen Föderation.

Diesen neuen Schwung spürte auch Todor Schiwkow, der Ende April in Prag zum ersten Mal Dubček traf. Als Dubček seine Reformen verteidigte, war für Schiwkow klar: Dubček ist ein Revisionist; in der CSSR gibt es eine Konterrevolution und eine Restauration des Kapitalismus. Er hatte in der KPČ ein revisionistisches Zentrum ausgemacht, dessen „innerer Kern“ unter anderen „aus Juden besteht“. Ulbricht stimmte dem zu und forderte ein weiteres Treffen. Es fand am Jahrestag des Kriegsendes, am 8. Mai, in Moskau statt. Dabei gerieten die KP-Führer (ohne die KPČ) in eine für sie eigenartig prekäre Situation. Einerseits forderten die „Bruderparteien“ äußerste Maßnahmen, andererseits war man sich im Kreml darüber im Klaren, dass das nur der letzte Ausweg sein konnte. Daher sollte die KPČ-Führung zunächst noch nicht im Gesamten attackiert werden, in der Hoffnung, die „gesunden Kräfte“ in der CSSR würden an Einfluss gewinnen. Ulbricht hielt das für die falsche Taktik, für ihn war Dubček ein hoffnungsloser Fall. Gleiches galt für Gomulka. Anders Kádár, für den die Reformen in Prag keine Konterrevolution waren. Attacken von Gomulka und Ulbricht gegen ihn folgten.

Kádár bezog sich vor allem darauf, dass der Sozialismus von den Reformern nicht zur Diskussion gestellt werde. Offen unterstützt wurde Dubček aus Belgrad und Bukarest, aus den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs, nur vereinzelt und schwach aus der linken deutschen und französischen „achtundsechziger Bewegung“ und indirekt aus China.

Seit Mai gab es in Moskau keine ZK-Sitzung mehr, auf der die „tschechoslowakische Frage“ nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Dennoch war die Wortwahl noch moderat, denn man wollte „Dubček dazu bewegen, freiwillig im Land Ordnung zu schaffen“. Freilich mit dem Nachsatz: „Sonst werden die Bruderparteien Mittel und Wege finden, um zu handeln“, so Moskauer StadtparteiSekretär Grischin. Parallelen zu Ungarn 1956 zog vor allem KGB-Chef Andropow, damals sowjetischer Botschafter in Budapest. Noch bestimmte Breschnew die Linie, und er zog eine politische Lösung vor. Doch die „Falken“ formierten sich: Andropow, Masurow, Suslow, Gretscho, Kossygin und auch der ukrainische KP-Chef Schelest, der ein Überschwenken des tschechoslowakischen Reformprozesses auf die Ukraine befürchtete. Kumajew aus Kasachstan nannte Dubček einen „prinzipiellsten Politikaster“. Und mit jedem neuen Reformen in Prag wurden die Moskauer „Falken“ stärker.

Der „Prager Frühling“ erlebte seinen Höhepunkt am 27. Juni 1968, als der Schriftsteller Ludvík Vaculík und weitere 67 Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler das sogenannte „Manifest der 2000 Worte“ veröffentlichten: eine Abrechnung mit zwanzig Jahren KP-Herrschaft in der CSSR und eine Aufforderung, die Entwicklung nicht zu stoppen. Die weitere Demokratisierung, so das Manifest, sei nur außerhalb der KPČ möglich. Der Sozialismus als Gesellschaftsform stand zur Disposition. Und an die eigene Regierung gewandt, hieß es: „Wir werden hinter ihr auch mit der Waffe in der Hand stehen.“ Noch in der Nacht darauf soll Breschnew bei Dubček angerufen und einen „sofortigen Angriff der Volksmilizen gegen die konterrevolutionären Kräfte“ gefordert haben. Obwohl sich die KPČ vom Manifest distanzierte, erschien es dem Kreml wie ein Aufruf zur Konterrevolution.

Das Manifest verstärkte auch im ZK der KPdSU die Stimmung für eine militärische Lösung. Die politische Entscheidung fiel am 15. Juli beim Treffen der fünf „Bruderstaaten“ in Warschau. Die fünf Parteien sandten einen Brief an die KPČ, in dem sie ultimativ eine Kurskorrektur forderten. Schiwkow verlangte die Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes – dem widersprach kein anderer Parteiführer mehr. Im Gegenteil: Gomulka und Ulbricht unterstützten ihn lautstark. Ulbricht drohte auch Kádár: „Der nächste Schlag wird gegen euch geführt.“ Nur Breschnew spielte noch auf Zeit, bevor die „äußersten Maßnahmen getroffen“ würden.

Aber es wurde schon für die Zeit danach geplant. Das Politbüro in Moskau beauftragte am 22. Juli Verteidigungsminister Gretscho, „Maßnahmen für die Zeit nach dem Einmarsch zu ergreifen“. Dass es noch einmal zu Verhandlungen kam, geht vermutlich auf Breschnew zu-

rück. Dubček sollte schriftlich konkrete, möglichst unhaltbare Zusagen machen, deren Nichterfüllung dann als Grund für die Intervention dienen würde. In diese Kategorie fällt vor allem die Forderung Breschnews, eine „politische Lösung“ auf der Basis der Dresdner Bedingungen zu finden.

Am 29. Juli kam es überraschend zu einem bilateralen Treffen im ostslowakischen Čierna nad Tisou. Zum ersten und einzigen Mal reiste das gesamte Moskauer Politbüro außer Landes. Ein Mitglied kam wegen Krankheit sogar im Pyjama. Es wurde absolutes Stillschweigen vereinbart. Umso entrüsteter reagierte der Kreml, als er tags zuvor erfuhr, dass ausländische Presse bereits am Ort war. Der Kreml hatte in Čierna keinen Erfolg erwartet und bereits unmittelbar darauf ein Treffen in Moskau angesetzt, um die weiteren Schritte zu beschließen. Doch wider Erwarten erzielte man am 30. Juli auf Vorschlag Moskaus „eine Übereinkunft“. Dubček hatte sich gefügt und zugesagt, Reform-Exponenten wie Kriegel oder Cisař sofort zu entlassen, die Medien zu „beherrschen“, die Klubs „aufzulösen“ und die „Arbeit der Sozialdemokratischen Partei zu unterbinden“.

Damit hatte er theoretisch eine allerletzte Chance. Auch noch am 3. August in Bratislava, wo die „Warschauer fünf“ mit der KPČ zusammentrafen und eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten, die die Legitimation des ins Auge gefassten „bürokratischen Putsches“ gleichkam. Während des Treffens übergab Vasil Bilák der sowjetischen Delegation den „Einladungsbrief der gesunden Kräfte“ der KPČ, in dem um eine „kollektive Hilfsaktion“ der fünf Interventionsstaaten gebeten wurde. Die Übergabe soll auf einer Toilette stattgefunden haben.

Sechs Tage später rief Breschnew bei Dubček an und mahnte: „Sascha, ich wollte, dass du verstehst, dass wir einigermaßen nervös werden. Womit können wir helfen?“ Dubček: „Derzeit beanspruche ich keine Hilfe.“ Breschnew: „Du hast im Präsidium Personen, auf die du dich stützen kannst. Daher sage ich dir, Sascha, nochmals, du wirst ohne Leute, die unserer Sache ergeben sind, mit der Rechten nicht fertig! Du musst dich auf die gesunden Kräfte stützen.“ Dubček: „Wir werden uns mit diesen Fragen beschäftigen, Genosse Breschnew.“ Darauf dieser: „Ja, ich wünsche euch Erfolg, ich wünsche dir alles Gute, Sascha. Auf Wiedersehen.“

Das Wiedersehen kam früher als von Dubček erwartet. Zuvor meldete sich Breschnew am 13. August noch einmal. In diesem emotional geführten Telefonat bekam Dubček die gesamte Breitseite an Vorwürfen zu hören, die sich nach Ansicht des Kreml angestaut hatten. „Nun gut, Sascha, ganz direkt: Stehst du persönlich zu der Erfüllung der Verpflichtungen von Čierna?“ Dubček reagierte fast apathisch, war gereizt: „Es wird ein Plenum geben, das entscheidet alles.“ Breschnew: „Du weichst wieder einer direkten Antwort aus.“ Dubček: „Wenn Sie glauben, dass wir Sie betrügen, dann ergreifen Sie die Maßnahmen, die Sie für richtig halten.“ Breschnew: „Siehst du, Sascha, diese Maßnahmen werden wir sicher ergreifen.“

Als Zeichen der Solidarität mit den Prager Reformern stattete vom 9. bis 11. August Tito der CSSR einen Besuch ab. Er lobte den Reformkurs und wurde von der tschechoslowakischen Bevölkerung begeistert empfangen. In der Presse gab es Gerüchte über eine mögliche engere Zusammenarbeit der drei „Donaustaaten“ Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Am 16. August kam Rumäniens Nicolae Ceaușescu, um einen Freundschafts- und Bündnisvertrag abzuschließen. Ein Blitzbesuch von UN-Generalsekretär U Thant wurde von der Sowjetunion in letzter Minute verhindert.

Am 17. August beschloss das Politbüro des ZK der KPdSU einstimmig die militärische Intervention. Tags darauf kamen Schiwkow, Kádár, Ulbricht und Gomulka nach Moskau und erklärten ausdrücklich ihre Zustimmung. Breschnew wollte sie in die Pflicht nehmen. Gleichzeitig wurden die Vereinigten Staaten, die schon vorher beruhigende Signale aus Moskau erhalten hatten, informiert, dass der Truppenaufmarsch nicht gegen die Nato gerichtet sei. In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann die „Operation Donau“. Das noch am Mitternacht versammelte Präsidium des ZK der KPČ, beschäftigt mit dem für September geplanten Parteitag, verurteilte den Einmarsch der Prager Frühlinge waren langfristiger und stärker. 1968 war der Anfang vom Ende des „Ostblocks“. Die Sowjetunion brach zusammen, weil es einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ in der Praxis nicht geben konnte.

Als ihm Breschnew in Moskau anbot, gemeinsam „eine annehmbare Lösung“ zu suchen, wusste Dubček, dass man aus ihm keinen Märtyrer machen, dass man ihn benutzen würde. Breschnew: Die CSSR dürfe nicht vom Sozialismus abkommen, und die „gesunden Kräfte“ müssten erhalten werden. „Das wird



Gipfeltreffen des Warschauer Paktes am 3. August 1968 in Preßburg. Links Dubček, rechts vorn Breschnew, weiter hinten Ulbricht.



Walter Ulbricht Foto: bpk

nicht schmerzfrei sein. Erinnern wir uns an Ungarn. Dort gab es nur Kádár. Heute ist das Volk reif geworden, hat gelernt.“ Dubček sollte dem Kreml eine Exit-Strategie ermöglichen.

Zuerst wurden die Beschlüsse des inzwischen abgehaltenen Parteitags der KPČ annulliert, denn, so Breschnew, „wenn man diese Mannschaft an die Macht lässt, dann, Genossen, wird die CSSR unverzüglich bürgerlich“. Da meldete sich plötzlich Staatspräsident Svoboda und ersuchte um einen Besuch im Kreml. Er hatte sich geweigert, eine neue Marionettenregierung unter Indra und Bilák anzuerkennen, und war nach Moskau geflohen, wo man ihn als Staatsgast empfing. Nicht im Bilde, dass der Kreml weiter auf die Karte Dubček setzte, verriet Svoboda schon im ersten Gespräch mit der Kreml-Führung den KPČ-Chef und schlug vor, Dubček abzulösen, um die CSSR auf einen prosozialistischen Kurs zu bringen: „Wenn er zurücktritt, wäre es für uns alle besser.“

Das schließlich unterzeichnete Moskauer Protokoll kam einem Diktat gleich: Zurücknahme aller Reformen und Personalentscheide des Parteitags, Verbleib der Sowjettruppen bis zur „Normalisierung“. Moskau ließ im Gegenzug von Dresden, im beschloss ich „Aktionsprogramm“, von dem die SED meinte, es sei kein „marxistisch-leninistisches Programm“. Sorge bereitete ihr vor allem die angestrebte Parteireform, die das Recht auf freie Debatten und die Achtung von Minderheitsmeinungen vorsah. In der Parteireform sah die SED die Gefahr der „Sozialdemokratisierung“ der KPČ. Ulbricht befürchtete sogar ein Überschwenken der Reformbewegung auf die DDR und warf dem tschechoslowakischen Botschafter in Ost-Berlin vor: „Es wird ein psychologischer Krieg gegen die DDR geführt. Kein Staat kann sich das gefallen lassen!“ Die SED verstand sich, wie Sowjetbotschafter Abramow fast wütend amüsiert anhand zahlreicher Beispiele nach Moskau kabeelte, als Hüterin des reinen Sozialismus.

Die SED-Führung, die ihr Bild aus den Informationen des DDR-Botschafters in Prag, Peter Florin, bezog, schlug

Etwa 500 Menschen starben durch den Einmarsch und im zivilen Widerstand. Doch die tatsächlichen Folgen des Prager Frühlinge waren langfristiger und stärker. 1968 war der Anfang vom Ende des „Ostblocks“. Die Sowjetunion brach zusammen, weil es einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ in der Praxis nicht geben konnte.

Der Verfasser lehrt Geschichte an der Universität Graz und leitet das Grazer Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung. Zusammen mit Manfred Wilke und anderen ist er Herausgeber des zweibändigen Werkes „Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968“. Beiträge und Dokumente. Böhlau Verlag, Köln 2008, das in diesen Tagen erscheint.

Hüter der reinen Lehre

Walter Ulbricht und die Prager Reformer / Von Professor Dr. Manfred Wilke

Die Politik der SED gegen die Prager Reformkommunisten 1968 manifestiert sich in der Person Walter Ulbrichts, des Ersten Sekretärs der DDR-Staatspartei. Seine Aggressivität im Kampf gegen die Reformen im Nachbarland wurzelte in seiner Angst um die eigene Macht. Er fürchtete, die Hoffnung von Josef Smrkovský könne wahr werden, die Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie könne als Modell der Veränderung für die sozialistischen Staaten dienen. Direkt an Dubček gewandt, sagte Ulbricht über den Übergang „von der Diktatur zur Freiheit“, den die KPČ ankündigte: „Aber, liebe Freunde, ihr seid doch nicht allein in Europa. Ihr habt an der Westgrenze den Deutschen Imperialismus. Mit der absoluten Freiheit gibt es also für euch einige Schwierigkeiten. Der Gegner führt einen psychologischen Krieg. In diesem Augenblick die absolute Freiheit zu proklamieren, das wird für euch sehr teuer werden!“ Es blieben keine leeren Worte.

Die SED regierte einen Vasallenstaat der Sowjetunion, Ulbricht konnte seine Politik also nur in enger Abstimmung mit der sowjetischen Führung realisieren. Am 23. März 1968 wurde in Dresden zwischen der KPdSU, der SED und den ungarischen, bulgarischen und polnischen Kommunisten ein Interventionsbündnis geschlossen.

Der sowjetische Parteiführer Leonid Breschnew hatte Alexander Dubček, den im Januar gewählten Ersten Sekretär der tschechoslowakischen KP, zu einer „Wirtschaftskonferenz“ eingeladen. Gastgeber Ulbricht eröffnete ihm dann das eigentliche Thema: die „Bruderparteien“ verlangten Rechenschaft über die Politik der KPČ. Die Bewertung der schon vollzogenen Reformen stand für KPdSU und SED fest. Breschnew benutzte in seinem Referat das Schlüsselwort Konterrevolution, als er die Veränderungen seit dem Januar in der Tschechoslowakei aufleiste und das politische Ziel gegenüber Dubček formulierte. Ihm stimmte vor allem Ulbricht uneingeschränkt zu.

Die tschechoslowakische Partei hielt sich aber nicht an die Empfehlungen von Dresden. Im Gegenteil, sie beschloss ihr „Aktionsprogramm“, von dem die SED meinte, es sei kein „marxistisch-leninistisches Programm“. Sorge bereitete ihr vor allem die angestrebte Parteireform, die das Recht auf freie Debatten und die Achtung von Minderheitsmeinungen vorsah. In der Parteireform sah die SED die Gefahr der „Sozialdemokratisierung“ der KPČ. Ulbricht befürchtete sogar ein Überschwenken der Reformbewegung auf die DDR und warf dem tschechoslowakischen Botschafter in Ost-Berlin vor: „Es wird ein psychologischer Krieg gegen die DDR geführt. Kein Staat kann sich das gefallen lassen!“ Die SED verstand sich, wie Sowjetbotschafter Abramow fast wütend amüsiert anhand zahlreicher Beispiele nach Moskau kabeelte, als Hüterin des reinen Sozialismus.

Die SED-Führung, die ihr Bild aus den Informationen des DDR-Botschafters in Prag, Peter Florin, bezog, schlug

auch sofort Alarm: Die KPČ-Führung sei gespalten und könne ihre Führungsaufgabe nicht mehr ausüben. Der Reformflügel agiere mit einem offenen und einem illegalen Zentrum, das auch Kontakte zu westlichen Geheimdiensten unterhalte. Das offene Zentrum bestand für ihn aus den Reformern: Ota Šik, Eduard Goldstücker, Jiří Pelikán, dem Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens, und dem Schriftsteller Pavel Kohout. Für die SED hing daher die weitere Entwicklung der KPČ an den Kaderfragen.

Im Mai stimmte in Moskau Alexander Dubček in bilateralen Verhandlungen mit der KPdSU Manövern des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei zu. Anschließend traf sich Breschnew ohne die KPČ mit den anderen vier Parteiführern. Nun wurde die militärische Karte ins Spiel gebracht.

Ulbricht sah darin eine Machtdemonstration, um die Positionen der „gesunden Kräfte“ in der KPČ zu stärken. Während Breschnew und der ungarische Parteichef János Kádár weiter auf einen Positionswechsel von Dubček hofften, vertrauten ihm Ulbricht und Wladyslaw Gomulka nicht mehr. Ulbricht forderte, auch wenn es im Präsidium der KPČ „nur eine Minderheitsgruppe gibt, die die richtige Linie vertritt, dann bin ich dafür, dass wir dieser Minderheitsgruppe helfen“. So geschah es schließlich. Die sowjetische Führung nahm zu dieser Minderheit Verbindungen auf und bereitete mit ihr die Restauration des Machtmonopols der KPČ vor.

Die geplante Militäraktion, die in den sowjetischen Dokumenten als „äußerste Maßnahme“ umschrieben wurde, konnte dieses Ziel nur absichern. Parallel zu militärischen Aktionen von außen musste in Prag ein bürokratischer Putsch organisiert werden, der die Reformen entmachtete und die moskautreue Fraktion in deren Partei- und Staatsfunktionen brachte. Schließlich fanden sich Mitglieder des Präsidiums, wie Vasil Bilák und Alois Indra, die zu diesem Putsch bereit waren. Am Abend des 20. August wollten sie Dubček im Präsidium absetzen, um dann die einmarschierenden Truppen zum „Schutz des Sozialismus in der Tschechoslowakei“ als neue Parteiführung zu Hilfe zu rufen. Dieses Unternehmen scheiterte kläglich.

Neben dem politischen Druck dienten die Manöver des Warschauer Paktes in der CSSR im Juni der operativen Vorbereitung des Einmarsches. DDR-Verteidigungsminister Hoffmann musste verärgert feststellen, dass eine Beteiligung der NVA an der gemeinsamen Kommandoabstimmung nicht vorgesehen war. In einem Brief an den Marschall der Sowjetunion Iwan I. Jakubowski, den Oberbefehlshaber der vereinigten Truppen des Paktes, schrieb er: „Ich bedauere diese Tatsache und kann dafür kein Verständnis aufbringen.“ Ulbricht und sein Verteidigungsminister drängten also von sich aus auf die Teilnahme der NVA an diesen „Ausbildungsmaßnahmen“. Dem Protest wurde stattgegeben und die NVA beteiligt.

Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin berichtete über die Sitzung des Politbüros der SED am 1. August 1968 und dessen Position zur Tschechoslowakei. Die SED wollte „die Schritte und Maßnahmen, die in der jetzigen Lage von sowjetischer Seite getroffen werden, voll und ganz“ unterstützen. Das Gremium hielt es seinerseits für notwendig, „kollektiv, mit allen verfügbaren Mitteln, die reaktionären und konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei niederzuschlagen“. Am 18. August fand in Moskau ein geheimes Treffen der Parteiführer des Interventionsbündnisses statt, bei dem sie sich verpflichteten, sich mit ihren Parteien und Staaten an der „kollektiven Aktion“ zu beteiligen. Ulbricht folgte dem SED-Beschluss und dieser Verpflichtung. Am 20. August erteilte er den Befehl zur Teilnahme von DDR-Truppen an der Militäroperation. Schon Wochen vor diesem Zeitpunkt glich der Süden der DDR einem Heerlager; hier wurden vor allem die sowjetischen Truppen konzentriert, die in der DDR stationiert waren, um in der Nacht vom 20. zum 21. August in einer Breite von 200 Kilometern die Grenze zur Tschechoslowakei zu überschreiten.

Die 7. Panzerdivision der NVA unterstand operativ der 20. Gardedivision, die nach Prag vorstieß, aber sie bekam keinen Marschbefehl. Der Militärhistoriker Rüdiger Wenzke schreibt: „Ein Verbindungsoffizier informierte den Divisionskommandeur kurzfristig darüber, dass sein Verband nur bei Bedarf eingesetzt werde.“ Die gleichfalls bereitgestellte 11. motorisierte Schutzdivision wurde als Reserveverband der „Prager Gruppierung“ eingestuft und verblieb in ihrem Bereitstellungsraum.

Diese kurzfristige Entscheidung der sowjetischen Militärs überraschte nicht nur die Offiziere und Mannschaften der beiden Divisionen, sondern auch „die Führung der NVA“. Wenzke zerstörte schon 1994 die von der SED geschaffene Legende, dass die NVA-Divisionen am Einmarsch in die CSSR beteiligt waren. Offen blieb damals die Frage: Wer hat politisch entschieden, dass die beiden Divisionen in der DDR verblieben? Der historische Nachlassverwalter der DDR, Hans Modrow, schreibt in seinen 2008 erschienenen Memoiren Ulbricht dieses staatsmännische Verdienst zu. Er habe verhindert, „dass auch nur ein deutscher Soldat die Grenze überschritt“.

Die neuere Forschung, gestützt auf russische Archive, kommt zu einem anderen Ergebnis. Der russische Historiker Valerij Wartanow schreibt über die Rolle der NVA in dieser Operation: Nach dem Operationsplan sollten zunächst „sechs deutsche Motorschützen- und Panzerdivisionen in die Tschechoslowakei einmarschieren. Allerdings wurde die Zahl der deutschen Truppen aus rein ethischen Erwägungen im letzten Moment erheblich verringert, und es nahmen lediglich einzelne Unterabteilungen zum Schutz der Nachrichtenübermittlung an der Operation teil.“

Am 23. August 1968 wurde die Frage der Beteiligung der NVA in einem Gespräch zwischen dem tschechoslowakischen Präsidenten Ludvík Svoboda und Breschnew im Kreml erörtert. Dieser Wortwechsel ist geeignet, die geschilderten Entscheidungen der sowjetischen Militärführung zu erklären. Auf die Frage, ob deutsche Soldaten auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei gewesen seien, antwortete Breschnew: „Es ist ganz sicher, dass kein deutscher Soldat auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei war. Wir haben sie zurückgehalten.“ Der Schwiegersohn des Präsidenten schien nicht überzeugt: „Aber in Prag gibt es die feste Überzeugung, dass sie auch noch jetzt da sind.“ Breschnew: „Das ist eine Provokation. Unter uns gesagt, die deutschen Genossen waren beleidigt, dass man ihnen irgendetwas Misstrauen entgegenbrachte.“ Dieser Entscheidung lag offenbar die Bitte der Dubček-Gegner Bilák und Indra zugrunde, nicht auch noch deutsche Soldaten in Prag einmarschieren zu lassen. Der „Feldherrnmuth“ blieb Walter Ulbricht versagt.

Der Verfasser ist emeritierter Professor für Soziologie der Freien Universität Berlin und Projektleiter am Institut für Zeitgeschichte in München.

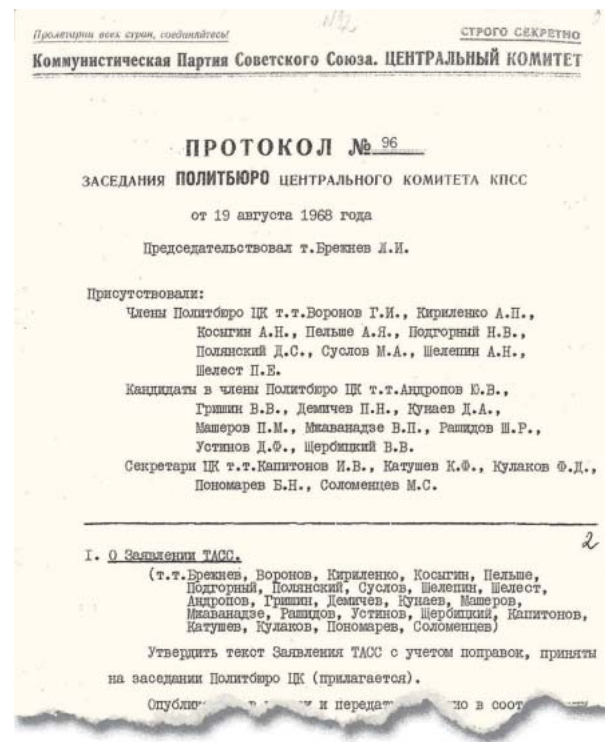


Abbildung RGANI, Moskau © Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz

Protokoll einer Sitzung des Politbüros vom 19. August mit der Anweisung an die Nachrichtenagentur Tass, wie der Interventionsbeschluss vom 17. August verkündet werden soll.